

Gewerkschaftsbund verlangt bessere Altersvorsorge und gerechtere Bildung

In die Offensive wechseln

225 stimmberechtigte Delegierte, 4 Positionspapiere, ein gutes Dutzend Resolutionen und 40 Anträge: Dies der SGB-Kongress in Zahlen. Beschlossen wurde unter anderem ein landesweiter Aktionstag „Achtung. Fertig. Frauen los!“ am 14. Juni 2011.

Bundesrat Didier Burkhalter präsentierte den Delegierten eine sozialpolitische Tour d'horizon der Regierung. In Kenntnis darüber, dass die Gewerkschaften in den meisten aufgeworfenen Themen andere Ansichten vertreten, warb er für fairen Dialog. Die Delegierten sprachen sich jedoch in einer Resolution für einen starken Sozialstaat aus: für höhere AHV-Renten, gegen die beabsichtigte radikale Sparkur bei der IV, für ein Ende der Bücklinge vor den Privatversicherungen bei der Unfallversicherung und gegen die schleichende Privatisierung der Suva.

Im Anschluss an die gleichstellungspolitische Debatte (siehe Dossier, Seiten 11-15) bereinigten die Delegierten ein Kongresspapier zu den bildungspolitischen Herausforderungen. Dieses verlangt einen Abbau der sozialen Ungleichheit, die auch von der Schule reproduziert wird. Stärkere Investitionen in die Bildung sollen direkt zu den Lehrkräften fließen. Das Papier besteht zudem auf dem Rechtsanspruch aller Jugendlichen auf eine genügende postobligatorische Bildung und dem Zugang zu Weiterbildung und regelmässiger Standortbestimmung für alle Beschäftigten.

Mit Nachdruck forderten die Delegierten ein Verbot von antigewerkschaftlichen Kündigungen. In der jüngsten Krise haben solche Entlassungen deutlich zugenommen. Der SGB und seine Gewerkschaften werden deshalb weiterhin jede antigewerkschaftliche Kündigung öffentlich denunzieren. Der SGB wird, falls die aktuellen Bemühungen für einen besseren entsprechenden Kündigungsschutz scheitern sollten, seine Klage vor der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) erneut vorantreiben. Zugleich beauftragten die Delegierten den SGB, einen Gesetzesvorstoss oder eine Volksinitiative zu lancieren.

Vollbeschäftigung bleibt Ziel

Das von den Delegierten um einige Zusätze bereicherte wirtschaftspolitische Kongresspapier verlangt mit dem Ziel Vollbeschäftigung eine aktive Konjunkturpolitik, eine Regulierung und Redimensionierung der Finanz- und Kapitalmärkte und eine Investitionsoffensive im Wohnungsbau, im öffentlichen Verkehr und bei der Kinderbetreuung. Beruflich besser zu integrieren sind Behinderte und Langzeitarbeitslose. Kürzere und planbare Arbeitszeiten sollen helfen, Beruf und Familie besser zu vereinen. Temporärarbeit soll eingeschränkt und Arbeit auf Abruf verboten werden.

Für gerechtere Einkommen sollen verbindliche Mindestlöhne sorgen. Dazu wird der SGB Anfang 2011 eine Volksinitiative lancieren. In den Lohnverhandlungen will der SGB deutliche und vor allem generelle Erhöhungen im Einklang mit Teuerung und Produktivität sowie einen Ersatz der Managerboni durch massvolle Fixlöhne. Lohndiskriminierung und Lohndumping sollen bekämpft werden. In der Steuerpolitik ist ein Trendbruch hin zu einer stärkeren Erfassung der hohen Einkommen dringend notwendig.

60 Prozent reichen nicht

Beim Thema Altersvorsorge fiel einer der Beschlüsse äusserst knapp: Die Delegierten entschieden mit 70 gegen 69 Stimmen, dass der SGB ein allfälliges Referendum gegen die Ausfinanzierung öffentlicher Pensionskassen, wie sie das Parlament im Dezember verabschieden dürfte, unterstützen soll. Die übrige vorsorgepolitische Debatte drehte sich um Leistungsziele: Wie kann man mit 60 Prozent von 5000 Franken die „bisherige Lebenshaltung fortsetzen“, fragte ein Delegierter - und gab gleich selbst die Antwort: „Man kann nicht!“.

Die SGB-Delegierten wollen dies nicht mehr akzeptieren. Jetzt, nach den abgewehrten jüngsten Angriffen auf die Altersvorsorge, sollen die Gewerkschaften für einen Weg sorgen, der aus der rentenpolitischen Eiszeit herausführt, hin zum nötigen Sozialausbau. Deshalb verabschiedeten die Delegierten „Thesen zu einer neuen Rentenpolitik“ und ein Positionspapier „für eine stabile und leistungsfähige Altersvorsorge“. Darin ist kritisch festgehalten, dass das heutige Leistungsziel von 60 Prozent des letzten Erwerbseinkommens nur den hohen Einkommen die von der Verfassung festgehaltene „Fortsetzung der gewohnten Lebensweise“ ermöglicht. Die Delegierten forderten neu nach Einkommen differenzierte Leistungsziele, und dies innerhalb der folgenden Eckwerte: Ersatzquote von 80 Prozent für Einkommen unter 5000 Franken im Monat, Ersatzquote von 60 Prozent für Einkommen von über 7000 Franken im Monat.

Der Kongress beauftragte die Organe des SGB, das Projekt „AHVplus“, das einen Zuschlag zur AHV verlangt, im kommenden Jahr zu vertiefen. Kosten abzuschätzen und ein Modell für Erwerbstätige mit unteren und mittleren Einkommen vorzuschlagen. Dabei wird auch geprüft, inwieweit eine Umverlagerung von der Zweiten zur Ersten Säule nötig ist.

Soziales Gegengift

In seiner Schlussrede (siehe Kasten) würdigte Präsident Paul Rechsteiner die Kongressbeschlüsse als „eine Agenda für die ganze Gesellschaft, für eine Neuorientierung der Einkommenspolitik, ausgehend von den Löhnen und den Renten“. Die Beschlüsse wiesen über die Erfolge in der Defensive hinaus wieder in die Offensive. „Gute Löhne - gute Renten“ - das Kongressmotto - sei „die soziale Modernisierung, die die Schweiz braucht“ und jene Medizin, die gegen das zwei Jahrzehnte lang verabreichte neoliberale Gift extremer Ungleichverteilung wirke.

Resolutionen

Der SGB-Kongress hat Resolutionen mit folgenden Zielen verabschiedet: Ja zur Steuergerechtigkeitsinitiative - Nein zu Ausschaffungsinitiative und Gegenvorschlag - Schärfere, künftige Krisen verhindernde Finanzplatzregulierung - Bekämpfung des starken Frankens und der Spekulation - Verbesserung der flankierenden Massnahmen, insbesondere Massnahmen gegen Scheinselbständige - Stopp den Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen, insbesondere bei der Stromversorgung, und Ja zu einem guten Service public - Für einen starken Sozialstaat, in dem mit der Abbaumentalität der letzten Jahre gebrochen wird - Für wirksame flankierende Massnahmen in der Schweiz und eine europäische Bürger-Initiative, damit künftig die Prinzipien „soziale Grundrechte vor Marktfreiheiten“ und „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ EU-weit gelten.

Ewald Ackermann, SGB.

VPOD-Magazin, Dezember 2010.